Befragung von Müttern zur Hebammenversorgung in Bayern gestartet – Bayerns Gesundheitsministerin Huml: Tatsächliche Erfahrungen wichtig für weitere Maßnahmen

17. Oktober 2017

Im Rahmen der von **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** initiierten Hebammenstudie ist jetzt die Befragung von Müttern gestartet. Die Ministerin betonte am Dienstag in München: „Alle werdenden Mütter sollen auch künftig ein ausreichendes Geburtshilfe-Angebot in Bayern haben. Rein statistisch ist die Zahl der Hebammen gestiegen. Ich möchte aber auch die tatsächlichen Erfahrungen mit der Versorgungssituation kennen. Denn damit können weitere Maßnahmen zielgerichteter ergriffen werden."

Huml erläuterte: „Für die Hebammenstudie werden rund 3.800 Mütter in Bayern befragt, die im Jahr 2016 oder 2017 ein Kind zur Welt gebracht haben. Die Adressdaten wurden per Zufallsauswahl aus den Melderegistern von Gemeinden entnommen. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig, die Angaben sind vollständig anonym." Bereits im September waren im Rahmen der Studie alle Hebammen angeschrieben worden.

Die Ministerin fügte hinzu: „Werdende Mütter brauchen Sicherheit über ein flächendeckendes, qualitätsgesichertes Angebot in der Geburtshilfe. Dabei sollen sie auch weiter ausreichend Unterstützung durch Hebammen erhalten. So wird es von mir noch in diesem Jahr Vorschläge zur Unterstützung von Geburtshilfestationen geben, die für die Versorgung notwendig sind. Es handelt sich dabei um Maßnahmen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene."

Bayern hat sich bereits in der Vergangenheit erfolgreich für die Belange der Geburtshilfe eingesetzt. Auf Bundesebene wurde schon im bisherigen Koalitionsvertrag die Bedeutung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe herausgestellt. Die Ministerin unterstrich: „In Folge dessen sind – nicht zuletzt auf unser Betreiben hin – wichtige Weichen gestellt worden, vor allem was die Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen betrifft. Laut aktuellem Schiedsspruch sollen jetzt künftige Erhöhungen der Berufshaftpflichtversicherung automatisch berücksichtigt werden."

Huml fügte hinzu: „Der Schiedsspruch der zuständigen Schiedsstelle auf Bundesebene, der auf einem gemeinsamen Schiedsantrag des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands BfHD e.V. und des GKV-Spitzenverbandes beruht, wird von vielen Hebammen nicht als zufriedenstellend angesehen. Die jetzt geäußerten Sorgen nehme ich ernst, zumal gerade in Bayern der Anteil der Beleghebammen weit überdurchschnittlich ist. Deshalb werde ich mich auch weiter dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung des Schiedsspruches eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe gewährleistet bleiben muss."

Auf Landesebene hatte Ministerin Huml im Mai dieses Jahres alle Beteiligten an einen Tisch geholt. Dabei wurde deutlich, dass die Herausforderungen vielschichtig sind – im stationären, ambulanten, aber auch finanziellen Bereich. Die Ministerin betonte: „Wir werden den Dialog fortsetzen und gemeinsam an Lösungswegen arbeiten. Und wir prüfen derzeit, ob und wie den Geburtshilfestationen im Freistaat die Möglichkeit von landesspezifischen Sicherstellungszuschlägen durch die Krankenkassen eröffnet werden kann. Im Bereich der Haftpflicht für die Belegärzte setze ich mich auf Bundesebene ebenfalls für Verbesserungen ein."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers